

Jobcenter wundert sich über Politik: „Sparmaßnahmen der falsche Weg“

Soziales Der CDU-Bundestagsabgeordnete Thorsten Frei besucht die Agentur für Arbeit und das Jobcenter. Mit den ukrainischen Flüchtlingen in der Grundsicherung hat sich Arbeitslosigkeit deutlich erhöht.

Gute Arbeitsmarktpolitik kostet Geld, und die Finanzsituation der Jobcenter ist angespannt. Vor diesem Hintergrund lud Sylvia Scholz, Vorsitzende der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Rottweil - Villingen-Schwenningen, den CDU-Bundestagsabgeordneten Thorsten Frei zu einem Austausch ein. Gemeinsam mit Mike Kalinasch, Bereichsleiter im Jobcenter Schwarzwald-Baar-Kreis, und Simone Zeller, Leiterin des Jobcenters Rottweil, schilderte sie die aktuellen Herausforderungen der Jobcenter.

Zum 1. Juli trat die zweite Stufe

„Leider sind die Plätze in den Sprachkursen schwer zu bekommen.

der Bürgergeld-Reform für Menschen in der Grundsicherung in Kraft. Die neuen Regelungen rücken die Verbesserung der Arbeitsmarktchancen - insbe-

sondere für Geringqualifizierte - durch Qualifizierung und Berufsausbildung stärker in den Fokus. Die Jobcenter begrüßen die neuen Fördermöglichkeiten. Gleichzeitig sieht jedoch die Finanzplanung im Bundeshaushalt ab 2024 eine Kürzung von 700 Millionen Euro vor. „Es verwundert schon, dass die Jobcenter ausgerechnet jetzt mit Kürzungen rechnen müssen, wo gleichzeitig der Gestaltungsspielraum für nachhaltige Förderungen ausgeweitet wurde“, meinte Scholz.

26 000 Euro für einen Job

So belaufen sich beispielsweise die Kosten für eine Förderung zur Erlangung eines Berufsabschlusses - ein bewährtes Instrument, um ungelerten Arbeitslosen wieder zu einem Job zu verhelfen - im Schnitt auf 26 000 Euro, verteilt auf zwei Jahre. „Angesichts des Umstandes, dass qualifiziertes Personal und Fachkräfte dringend gesucht werden, sind diese Sparmaßnahmen schwer nachzuvollziehen“, sagte Scholz weiter. Rund zwei Drittel der Arbeitssuchenden in der Grundsicherung haben keine abgeschlossene Aus-



Der CDU-Bundestagsabgeordnete Thorsten Frei (links) informierte sich im Jobcenter Schwarzwald-Baar-Kreis bei der Geschäftsführerin der Agentur für Arbeit, Sylvia Scholz, Bereichsleiter Mike Kalinasch (rechts) und Jobcenter-Geschäftsführerin Simone Zeller (zweite von rechts).
Foto: Privat



Der CDU-Bundestagsabgeordnete Thorsten Frei im Gespräch mit Sylvia Scholz, der Vorsitzenden der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Rottweil/Villingen-Schwenningen.
Foto: Privat

bildung. Viele davon gelten als Langzeitarbeitslose. „Bei den Eingliederungsleistungen zu sparen ist der falsche Weg“, bestätigt Simone Zeller. „Aber auch bei den Verwaltungskosten gibt es keine Spielräume, denn der Bestand an Arbeitslosen hat sich seit Juni 2022 mit dem Übergang der ukrainischen Geflüchteten in die Grundsicherung deutlich erhöht.“

Mehr Personal nötig

Zusätzlich zur finanziell angespannten Lage stieg die Zahl der Personen, die durch die Jobcen-

ter betreut werden, das erfordert eher mehr Personal. Mit Blick auf die Integration der Ukrainer in den Arbeitsmarkt ergänzt Kalinasch: „Sprachkenntnisse, eine Bleibeperspektive und falls notwendig eine passende Qualifizierung sind der Schlüssel. Leider sind die Plätze in Sprachkursen schwer zu bekommen.“ Auch für Anlern Tätigkeiten seien zumindest Basiskenntnisse der deutschen Sprache erforderlich, etwa um Arbeits- oder Sicherheitsanweisungen zu verstehen. Angesichts der Schilderungen äußerte sich Frei: „Wir benötigen Migra-

tion in den Arbeitsmarkt, nicht in die sozialen Transfersysteme. Auch von Migration in den Niedriglohnsektor profitieren möglicherweise die Unternehmen, nicht aber die Gesellschaft im Ganzen.“

Eine Perspektive bieten

Einig waren sich alle Gesprächspartner, dass das Ziel, den Menschen in der Grundsicherung eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt zu bieten und ihre Hilfsbedürftigkeit zu beenden, nur mit einer ausreichenden finanziellen Ausstattung möglich ist. eb